

„Da kommt was auf uns zu“

VON JOACHIM ZIESSLER

Lüneburg. Dass er Krisen kann, hat Eberhard Zorn bewiesen, als er Deutschlands ranghöchster Soldat war. In seine Zeit als Generalinspekteur der Bundeswehr fielen die Coronakrise, der abrupte Abbruch des Einsatzes in Afghanistan, Russlands Eroberungsfeldzug und der Beginn der Zeitenwende. Als Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik mahnte er nun in Lüneburg, dass Deutschland schnell verteidigungsfähig werden muss, möglichst noch vor 2029, dem Jahr, das in Szenarien als denkbar für einen russischen Angriff auf ein NATO-Land genannt wird.

Das Casino der Theodor-Körner-Kaserne war mit aktiven und ehemaligen Soldaten gefüllt, als Zorn über den „kriegsverbrecherischen“ Putin und „langsam als Bedrohung zu benennenden, weil sprunghaften“ Trump referierte. „Überrascht“ sei man in Berlin gewesen, als Russland 2022 seine Invasion begann, erinnerte er sich und übte Selbstkritik: „Wir haben zu wenig in Worst-Case-Szenarien gedacht.“ Weil es damals kein Lagezentrum im Kanzleramt und noch keinen Sicherheitsrat gab, musste der Vier-Sterne-General in die Bütt. „Bundeskanzler Scholz forderte immer wieder: ‚Erklären

Ex-Generalinspekteur Eberhard Zorn schwört darauf ein, dass Deutschland schnell verteidigungsfähig werden müsse

Sie uns das mal, wir sind alle Kriegsdienstverweigerer.“

Die Lernkurve in Berlin sei steil gewesen. Bei seinen vier Vorträgen zum 100-Milliarden-Rüstungspaket habe er sehr detaillierte Nachfragen von Scholz zu den 50 damit finanzierten Großprojekten beantworten müssen. Doch Zorn machte klar, dass die jetzigen Rüstungsprojekte noch keinen Abschreckungswert auf den Kreml haben. „Was wir jetzt bestellen, wird nach 2030 geliefert. Noch sind wir auch weit davon entfernt, den angestrebten Munitionsvorrat für 30 Tage zu haben.“

Die aktuellen diplomatischen Bemühungen um eine Feuerpause in Katar dämpfen Zorns Skepsis nicht: „Der Krieg wird noch dauern. Putin hat kein echtes Interesse an einem Frieden und kann wirtschaftlich noch bis 2027 durchhalten.“

Zudem wachse die russische Armee trotz ihres hohen Blutlosses weiter. 2029 dürften 1,2 Millionen Mann unter Waffen stehen. Das Jahr, in dem die USA und Deutschland gebannt auf ihre jeweiligen Wahlen blicken

werden. Und in dem China nach manchen Szenarien den Showdown um Taiwan suchen könnte. Das Jahr gilt Analysten deshalb als das wahrscheinlichste für einen russischen Angriff auf ein NATO-Land – etwa im Baltikum.

Zorn warnte, sich auf das Jahr 2029 zu fixieren. „Es kann früher sein.“ Sicher sei, dass die USA ihre schon von Trumps Vorgängern begonnene Konzentration auf den Haupttrivalen China fortsetze, dass die Amerikaner sich deshalb schrittweise aus NATO-Strukturen und auch aus Kasernen in Deutschland zurückziehen würden. „Da kommt was auf uns zu.“

Baldiger Frieden könnte auch zu falschen Schlüssen führen

Parallel beschädige die Sprunghaftigkeit Trumps den Zusammenhalt des Westens und die UNO. „Jetzt möchte ich kein deutscher Außenminister sein.“

Positiv stimmt Zorn die zunehmenden Rüstungs Kooperationen Deutschlands mit neuen Partnern. „Nicht mehr Frankreich, dafür mit skandinavischen

Ländern, Italien und Polen.“

Sorgen macht ihm die Aussicht, dass ein Frieden in der Ukraine – „den man schon aus humanitären Gründen nur herbeisehnen kann“ –, in Deutschland umgehend ein Gefühl der Entwarnung und die Frage auslösen würde, wieso man so viel in Rüstung investieren solle. Zorns Antwort: „Weil wir jetzt nachholen müssen, was in den vergangenen Jahrzehnten eingespart wurde. Auf 8,6 Billionen Dollar beziffert McKinsey die Friedensdividende. Und das hat dafür gesorgt, dass wir jetzt nicht sicher sind.“

Skeptisch ist der ehemalige Generalinspekteur, dass die nun eingeführte freiwillige Wehrpflicht die Personalprobleme der Truppe lösen kann. „Eine einjährige, allgemeine Dienstpflicht für Frauen und Männer wäre das bessere Signal gewesen.“

Insgesamt sieht Zorn die deutsche Gesellschaft auf einem guten Weg. „Ich werde jetzt erstmals auch von Schulen zu Fragestunden über Sicherheitspolitik eingeladen. Auch in Sachen Innovationen holen wir auf. Aber wir dürfen das Tempo nicht verlieren.“ Und auch nicht den Fokus. Peking etwa plane nicht im Rhythmus demokratischer Wahlen, sondern langfristig. 2046 wolle China die stärkste Militärmacht sein.